

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Jens Steiner (KV Borken)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 929 bis 931 einfügen:

Bundesmittel wollen wir zusammen mit höheren Ausgaben der Länder und Kommunen für den Nahverkehr weiter steigern. Wir wollen so nicht nur einen substanziellen finanziellen Beitrag zur Sicherung der Bestandsverkehre leisten, sondern die Regionalisierungsmittel nachhaltig jährlich erhöhen, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, dauerhaft qualitativ hochwertige ÖPNV Angebote auch jenseits der Ballungszentren zu schaffen. Der öffentliche Nahverkehr soll mittelfristig im ganzen Land ein alltagstaugliches Angebot mit verlässlichen

Begründung

Steigende Personal- und Energiekosten haben den ÖPNV vor große wirtschaftliche Herausforderungen gestellt. Mit den derzeit zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmitteln ist die Finanzierung des Status quo des ÖPNV in der Fläche nicht mehr gesichert. Gleichzeitig erfordern die Klimaschutzziele gerade auch im Verkehrssektor erhebliche Anstrengungen. Ein wesentlicher Bestandteil zur Erreichung der Klimaschutzziele ist dabei der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs als Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Bei einer angestrebten Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bis zum Jahr 2030 und einer Erhöhung des ÖPNV-Angebots um mindestens 60 % handelt sich demnach um eine deutliche Wertsteigerung des ÖPNV.

Die erfolgreiche Umsetzung des Deutschlandtickets stellt den dringend benötigten zusätzlichen ein Anreiz zur Nutzung des ÖPNV dar und trägt damit zur Erreichung der Klimaschutzziele bei. Diesen Beitrag kann das Deutschlandticket jedoch nur leisten, wenn durch die Sicherung der Bestandsverkehre und durch den zusätzlichen Ausbau der Verkehrsleistung der ÖPNV attraktiv bleibt bzw. an Attraktivität gewinnt. Vor dem Hintergrund der aktuellen finanziellen Situation der Kommunen als Aufgabenträgerinnen des ÖPNV ist die für die Erreichung der Klimaschutzziele zwingend notwendige Ausweitung des Leistungsangebots nicht realisierbar. Vielmehr drohen aufgrund der vorliegenden aktuellen Finanzierungslücken in kommunalen Haushalten sogar deutliche Einschnitte im Verkehrsangebot durch Abbestellungen von Leistungen.

Vor diesem Hintergrund steht außer Frage, dass das Ziel der Verdoppelung der Fahrgastzahlen bzw. der Erhöhung des Angebots um mindestens 60 % nur mit einer nachhaltigen und auskömmlichen Finanzierung seitens des Bundes und des Landes erreicht werden kann, und dass für den Erfolg des Deutschlandtickets als Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele die Finanzierung der Bestandsverkehre sowie der zusätzliche Ausbau der Verkehrsleistungen im ÖPNV durch Bund und Länder sichergestellt sein muss.

weitere Antragsteller*innen

Gertrud Welper (KV Borken); Jens Grotstabel (KV Borken); Thomas Reimann (KV Soest); Frank Beckert (KV Borken); Julia Osygus (KV Borken); Hanna Hüwe (KV Coesfeld); Ilka Kuper (KV Borken); Udo Bellack (KV Coesfeld); Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss); Nadine Hartwich (KV Siegen-Wittgenstein); Volkhard Wille (KV Kleve); Martina Müller (KV Hochsauerland); Martin Schlüter (KV Coesfeld); Christian Schulz (KV Steinfurt); Dominic Brauner (KV Münster); Maja Becker (KV Borken); Uta Spräner (KV Coesfeld); Paul-Patrick Muschiol (KV Viersen); Sina Wübbeling (KV Borken); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.